

Bezugsgebühr:

Wochenschriftlich 2 M. 50 Pf.; durch die Post 2 M. 75 Pf.

Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens; die Beizher in Dresden und der nächsten Umgehung, wo die Jantung durch eigene Boten oder Remittanten erfolgt, erhalten das Blatt am nächsten Morgen, die nicht auf dem Postwege folgen, in zwei Tagesabgaben Heft und Montag ausserhalb.

Herausgeber: Karl I. Nr. 11 u. Nr. 2000.

Telegraphisch-Adressen: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Putz- und Mode-Magazin
Hoflieferant **J. M. Korschatz** Gegründet 1843
6 Altmarkt 6 Altmarkt 6 Altmarkt 6
Stroh- und Filzfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Simon's Annen-Hof
Dresden
das Centrum der Stadt
Vorzügliches Mittelstands-Hotel
für Geschäfts- und Vergnügungs-Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant
Nur echte Liern.

fl. deutsche u. englische Tuchwaren.
Hochelegante Neuheiten in allen Preislagen.
Friedr. Greiff & Sohn, Georgplatz 9.

Größtes Lager! Garten-Schläuche
Vorstichs Qualität in Fabrikpreisen in schwarz oder rot Gummi, auch in Hanf und Hanf gemischt.
Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt.
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettsteinstr. 16
Telephon 359.

Max Roll, Cigarrenhandlung,
Fibale
der „Dresdner Nachrichten“
Zöllnerstrasse, Ecke Striesenerstrasse
empfehlend sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für obige Zeitung

Sonnenschirme aparte Neuheiten C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17. Pragerstrasse 46. Annenstrasse 9.

Nr. 156. Spiegel: Lage in Oesterreich, Sofinrichten, Missionsjahrbucherteiler, Neuphilologen, Sommerfrühen, Gerichtsverhandlungen, Männergesang-Verein „Hypoptene“-Weizen, Mittheil. Witterung: Stellenweise Regen. **Sonabend, 9. Juni 1900.**

Die Lage in Oesterreich.

Die innere Krise in Oesterreich, die vor drei Jahren begonnen hat, scheint endlich an einem entscheidenden Wendepunkte angelangt zu sein. Der letzte Appell, den der Ministerpräsident v. Goebber an den Reichsrath richtete, die parlamentarische Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen und die dringlichen wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen, dürfte ebenso wirkungslos verhallen wie die zahlreichen Aufforderungen, die immer wieder vom Ministerthron aus an die Parteien ergangen sind, die Streitart zu begraben und einen Gottesfrieden zu schließen. Die Parteien weigern sich, von dem Oesterreich abzulassen, so lange ihre unbedingten Sonderrechte unerschüttert bleiben, während die Mehrheitsparteien der bisherigen Regierung keine Neigung zeigen, den Kampf gegen die geschädigte Oesterreich mit Entschlossenheit aufzunehmen. Die Fortdauer der Oesterreich ist gleichbedeutend mit der Arbeitsfähigkeit des Reichsrathes; andererseits aber bildet die Erfüllung der Aufgaben, die nach der Verfassung des Reichsrathes in der Vereinbarung mit der Regierung zu erledigen hat, eine politische und wirtschaftliche Nothwendigkeit, die nicht länger umgangen werden kann. Wenn der Parlamentarismus bänkerot ist, folgt nicht, daß auch der Staat seine Funktionen einstellt hat.

Das ist einer der Grundgedanken der letzten Rede, die Herr v. Goebber im Reichsrath gehalten hat. Er betonte, daß das Prinzip des Konstitutionalismus darin bestehe, daß das Parlament über die Vorlagen der Regierung in günstigen oder in ungünstigen Sinne richte, aber nicht darin, daß es diesen seinen Richterpruch verweigere. Gehehrt die Justiz fortgesetzt und droht auf diese Weise auf allen Gebieten des staatlichen Lebens ein Stillstand einzutreten, so hat die Regierung nicht die Pflicht, sondern auch das Recht zu fordern, daß der Staat aus der parlamentarischen Kampfsituation heraustrete und seine Verfassungsfähigkeit unterbreite, herausgehoben und befähigt wird, weiter zu funktionieren. Wenn die Regierung durch die Parteipolitik außer Stand gesetzt wird, das verfassungsmäßige Leben zu erhalten, wenn die Parteiinteressen und Parteikämpfe so überwiegen, daß auf verfassungsmäßigen Wege nicht weiter regiert werden kann, dann muß ernstlich die Frage gestellt und beantwortet werden, auf welcher Seite das Recht ist, ob auf Seite des Staates, der Regierung, des Reichsrathes oder auf Seite der zur Regel gewordenen parlamentarischen Unordnung und Anarchie, welche die Verfassung umstürzt macht. Es ist kein Zweifel möglich, wie diese von dem Oesterreichischen Ministerpräsidenten gestellte Frage beantwortet werden muß, und der Fragesteller selbst hat deutlich genug durchblicken lassen, daß schließlich nichts übrig bleibt, als ohne Parlament und ohne Verfassung zu regieren.

Der Staat ist notwendig und unentbehrlich, nicht aber das Parlament. Dieses ist des Staates willen da, nicht aber der Staat des Parlamentes wegen. Wenn ein Parlament dauernd leistungsunfähig geworden ist, dann hat es keine Existenzberechtigung. Die Befreiung der Staatsverwaltung ist ungleich wichtiger und dringlicher als der Fortbestand einer Volksvertretung, die, weil sie die Parteiinteressen dem Staatsgedanken nicht untergeordnet vermag, nicht mehr die von der Verfassung zugewiesenen Funktionen auszuüben im Stande ist, sondern an deren Stelle die Anarchie setzt. Wenn das Parlament fortgesetzt seine Pflicht nicht erfüllt, so ergibt sich daraus nicht, daß zugleich auch der Staat aufhören muß, seinen hohen Pflichten zu entsprechen. Führt die Oesterreich die parlamentarische Arbeitsfähigkeit herbei, so wird ein dem Willen sein gewöhnlicher Staatsleiter die Fortführung der Staatsgeschäfte einstellen, auch dann nicht, wenn sie verfassungsmäßig nur in Uebereinstimmung mit dem parlamentarischen Mehrheitswillen erledigt werden sollen. Mit zwingender Logik gelangt man zu dem Schlusse, daß, wenn die Oesterreich nicht mit den Mitteln, welche die parlamentarische Geschäftsordnung an die Hand gibt, zu befehlen ist, kein anderer Weg mehr übrig bleibt, als ohne die Verfassung zu regieren. Die Oesterreich kommt auf die Forderung hinaus, daß sich der Staat oder die Regierung einer parlamentarischen Minderheit unterwerfen. Das wäre verfassungswidrig und direkt antiparlamentarisch; denn der Parlamentarismus beruht auf dem Prinzip des Majoritätsprinzips, falls nur noch die Alternative bleibt, entweder vor dem obstruierenden, in seinem inneren Wesen revolutionären Reichsrath willens zu capitulieren oder zum Absolutismus, um vielleicht dann mittels diesem zu einer Verfassungsänderung zu gelangen, zurückzuführen, so kann die Wahl für diejenigen, die der Einsicht sind, daß unter allen Umständen regiert werden muß, die Wahl nicht schwer werden.

Wohlüberlegt kann der Staat die Oesterreich vielleicht ertragen, besonders wenn eine Regierung wie die Oesterreich über einen Noth-Paragrafen von der Art des § 14 verfügt; aber auf eine längere Reihe von Jahren reicht auch ein solcher Paragraf nicht aus. Durch die nunmehr drei Jahre dauernde Arbeitsunfähigkeit des Reichsrathes in der Oesterreich Staat politisch und wirtschaftlich in einem Nothstande gelangt, der nicht länger ertragen werden kann und dessen Fortdauer eine gewissenhafte Regierung nicht dulden darf, wenn sich die parlamentarische nicht zu einer staatlichen Existenz erweitern soll. Der Staat ist der wichtigste ökonomische Faktor, und er kann es nicht ausfallen, in einem mehrjährigen Zeitraum jede Reform zu unterlassen und nur das nackte Dasein durch Erhebung der Steuern und durch die Sorge für die öffentliche Sicherheit zu fristen. Ministerpräsident v. Goebber hat die Situation in folgenden Sätzen treffend gekennzeichnet: „Die Regierung steht die trassenden Flüsse im eigenen Hause und empfindet doppelt schwer das Zurückbleiben der heimischen Wirtschaft, weil sie fortwährend den ungeheuren Fortschritt des Auslandes vor Augen hat. Unsere tüchtige Bevölkerung muß dem störrischen Schicksale einer unvergleichlichen Enthaltung aller produktiven Kräfte auf den Weltmärkten zuwenden und hat keinen Teil daran. Die Regierung würde pflichtgemäß handeln, wenn sie bei alledem mit verächtlichen Armen dächte wollte.“ Mit unverkennbarer Entschiedenheit hat der Vetter der Oesterreich Regierung den Willen erkennen lassen, die Krise unter allen Umständen zu beilegen, eventuell auf Kosten der bestehenden Verfassung. „Es tritt an uns“, sagte er, „die wir eine Nothwendigkeit daran, den Staat aus dem verberlichen Streite hinauszuführen und ein Terrain freizulegen für die von der Bevölkerung gewünschte wirtschaftliche Arbeit. Es ist unmöglich, daß die Geschickung länger stille stehe, da doch auf allen Gebieten neue, den Bedürfnissen der Zeit entsprechende gesetzliche Verfügungen notwendig sind. Es ist unüberdenkbar, daß die gesamte Administration weiter stehen bliebe, weil die Parteien sich über den Sprach-

gebrauch nicht einigen können. Es ist eine selbstmörderische Völlerei, wenn die wirtschaftlichen Interessen noch weiter in dem erstickenden Sumpfe der Unthätigkeit verharren müßten. Es ist unethisch, wenn die Regierung jeden Tag vom frühen Morgen bis zum späten Abend nur immer wieder mit dem Sprachspreit befaßt wird.“

Auf welchem Wege die gegenwärtige Oesterreich Regierung den Staat aus dem erstickenden Sumpfe der Unthätigkeit herauszuführen gedenkt, darüber lassen sich zur Zeit nur Vermuthungen anstellen. Eine bloße Parlamentsauflösung oder ein Regieren lediglich mit Hilfe des Paragraphen 14 würde nur eine Vertagung, nicht aber eine Lösung der Krise bedeuten. Daher taucht der Gedanke einer Verfassungsänderung auf, die natürlich nicht mit dem Willen der zur Zeit noch bestehenden Verfassung durchzuführen wäre. Es ist jedenfalls eine ernste, beantwortungswürdige Zeit, der der Oesterreich Staat entgegensteht, weil die bevorstehenden Entscheidungen der habsburgischen Krone und ihrer Rathgeber für die Zukunft Oesterreichs und insbesondere des dortigen Deutschtums von entscheidender Tragweite sein müssen.

Berufs- und Fernsprech-Berichte vom 8. Juni.

Berlin. Die Schulkonferenz ist geschlossen. Heute wurde über die Forderung des Unterrichtes in den neuen Sprachen, den Naturwissenschaften, der Mathematik, der Geschichte, sowie bei den Körperübungen, ferner über die wirtschaftlichen Verhältnisse des höheren Lehrstandes und die Schulhygiene beraten. Wichtig wurde die Nothwendigkeit anerkannt, den englischen Unterricht auch auf den Gymnasien nachdrücklich zu fördern.

München. Das heutige Bulletin über das Befinden des Königs Otto lautet: Allgemeinbefinden befriedigend. Zurzeit nahezu geheilt. Gehen und Sitzen fast normal. Wenn keine neuerliche des Befindens eintritt, unterbleibt die Ausgabe weiterer Bulletin's.

Wien. Abgeordnetenhaus. Nach einstündiger Besetzung des Einlaufs beabsichtigt der Präsident den Schluß der Sitzung, beantragt aber Abtinnung über den Antrag Rullinger auf Fortdauer der Sitzung zur Beratung der Gewerbeordnung. Die Gesellen verweigern gegen die Abtinnung, auf die Rullinger, die Gesellen vorredend und Hindertrompeten blasend. Unter diesem Höllenlärm ist die Abtinnung unmöglich. Der Präsident und das übrige Haus verlassen ruhig den Saal.

Wien. Abgeordnetenhaus. Am 10 Uhr Abends dauert die geschädigte Oesterreich noch fort. Etwa 7 Gesellen gelangt die Verhandlung der Verhandlung durch Varnen mit Lantams, Belfen und Rullinger. Der Präsident und das übrige Haus verhalten sich ruhig.

Wien. Privat-Korrespondenz. Wie bekannt, ist die Majorität entschlossen, gegen die Oesterreich auszuhalten und die Sitzung bis morgen eventuell übermorgen fortzusetzen.

Paris. Die Budgetkommission wählte Cochery mit 18 gegen 12 Stimmen, welche Rouvier erhebt, zum Präsidenten.

Paris. Der Nationalrath hat beschlossen, dem Volke die Verwerfung sowohl der Volksinitiative für die Einführung der Proportionalwahl zum Nationalrath, wie diejenige für die Wahl des Bundesrathes durch das Volk zu empfehlen.

Zientlin. 7. Juni. (Neuer-Meldung.) Aus amtlicher chinesischer Quelle verlautet, daß 4000 Bojers zwischen Hongkong und Yso geflohen Nacht 1500 Mann der chinesischen Truppen eingeschlossen haben. Den letzten Nachrichten zufolge dauerte der Kampf heute früh noch an. Wie vermute, sind 100 Bojers gefallen. Ueber den Verlust der chinesischen Truppen verlautet nichts.

Berlin. Reichstag. Fortsetzung der zweiten Beratung der Novelle zum Stempelgesetz. Handelsminister Bresselt, fortsetzend: Es ist hauptsächlich oft gar nicht zu sagen, wenn eine Anwendung möglich sei, um Betriebsverluste zu decken. Am Grunde genommen können man beim Vergleichen sagen, daß alle Anwendungen gewissermaßen als fons per se gemacht würden. Am besten wäre deshalb diese ganze Position zu streichen. Er habe ja nur das Haus zur bitten, hochherzig genug zu sein, sich auf die Resolution zu beschränken und die Position zu streichen. Abg. Müller-Audia (Centr.): Im Interesse des Zustandekommens des Zollengesetzes kann ich den verbündeten Regierungen nur den Rath geben, auf die Anfrage von jener Seite (nach links geizend) nichts zu geben. (Lachen links.) Wir haben schon in der Kommission erklärt, daß wir auf dem Rückstempel bestehen müssen. Die Regierung hat 7 Wochen Zeit gehabt, um Material in dieser Frage zusammen zu bringen. Statt dessen hat sie immer nur Zweifel und Bedenken geäußert. Wenn wir das Notengesetz bewilligen sollen, verlangen wir, daß Sie uns hier nicht entgegen treten und für Deckung sorgen. (Große Unruhe links.) Die Regierung sollte doch wenigstens selber Beiträge ausarbeiten, wenn sie unsere Vorschläge nicht annehmen will. Staatssekretär v. Thielmann: Der Herr Abgeordneter fragt, warum wir nicht Besseres gebracht haben. Der Antrag Driola hat aber nicht schon vor 7 Wochen, sondern erst vor 3 Wochen zur Beratung gelangt. Als die Verhandlungen darüber stattfanden, haben wir uns sofort an sämtliche in Betracht kommenden einzelstaatlichen Verwaltungen gewendet und Material erbeiten. Dies ist noch nicht von überall her eingegangen, so daß es uns noch gar nicht möglich war, selber klare Vorschläge zu machen. Minister Bresselt demerkt, er habe ja nur die Schwierigkeiten eines solchen Ruxtempels hervorzuheben und die einschneidende Streichung derselben und die Annahme der Resolution im Interesse der kleinen Gewerkschaftsmittglieder zur Erwägung anheim gegeben. Abg. Richter (frei. Volksp.): Es ist bezeichnend, wie Herr Müller-Audia gleich herausplagt mit einem deutlichen „sic volo, sic jubeo“. Sie haben sich so weit auf die Vetter hinausgeschrien, daß Sie gar nicht mehr herunter können. Der Herr Minister bitte Sie dringend: Verzeihen Sie mich und dieser Steuer: und Sie wollen der Regierung gleichwohl diese Steuer aufzwingen. Jeder hält eben seine Karte für ein Zauben. Sie geben selber zu, daß über die Ruxtempel Zweifel zulässig sind, wollen aber dennoch darauf bestehen. Abg. Graf Driola bitte, vorbehält-

sich anderweitiger Beschlüsse in dritter Meinung, heute einmündigen den Bescheid der Kommission aufrecht zu erhalten. Abg. Müller-Audia bleibt gegenüber den Vertretern des Bundesrathes dabei, daß dieser sehr wohl Zeit gehabt hätte, Material herbei zu schaffen, falls er dies ernstlich wolle. Die Regierung hätte viel mehr be-müht sein müssen, für Deckungsvorschläge zu sorgen. — Der Rückstempel wird darauf in einfacher Abstimmung und lebhaftem Protest gegen 100 Stimmen ebenfalls angenommen. Zur Minorität gehören Sozialdemokraten, Freisinnige, ein kleiner Theil der Nationalliberalen, Polen und Belfen, sowie Prinz Albrecht-Dobnlohe. Der Stempel auf Renten und Schuldverschreibungen aller Art wird debattelos in der Fassung der Kommission angenommen. Bei Tarif Nr. 3 beantragt Abg. Richter, die Kommissionsbeschlässe zu streichen, also den Emissionstempel auf Kommunalobligationen und Obligationen von Transportgesellschaften, welche nicht Eisenbahnobligationen sind, nicht zu erhöhen. Abg. Hilberd (nat. lib.) meint, der Unterschied zwischen Aktien-gesellschaften und Gemeinlichkeiten bestehe wesentlich darin, daß die Aktionäre nur den Nennwerth der Aktien zu zahlen haben, die Gewerke aber zu diesen verpflichtet seien. Die Lage der Materie und die Rechtslage seien so außerordentlich schwierig, daß der empfohlene Antrag Richter wohl anzunehmen sei. Der Antrag wird jedoch abgelehnt. — Abg. Heim (Centr.) beantragt, die Abgaben auf den Umsatz von Aktien, von Industriefirmen und ausländischen Obligationen von 1/10 auf 1/20 vom Tausend zu erhöhen. Abg. Büling (nat. lib.) erklärt, die Nationalliberalen würden geschlossen gegen diesen Antrag stimmen. — Abg. v. Siemens (frei. Ver.) führt aus, der Antrag sei in politischer wie finanzieller Hinsicht schädlich und bezwecklos, dem mobilien Kapital eins auszuweichen. Die Bankiers würden bei Annahme dieses Antrags aus der Provinz und den Grenzstaaten nach Berlin ziehen, wo sich das ganze Geschäft noch mehr als schon jetzt konzentriren würde. Staatssekretär v. Thielmann beauftragt die 1/10 eine Einnahmevermehrung und bietet es bei 1/20 zu belassen. Gedenk ansetzen sich die Abg. Graf Arnim (Reichsp.) und Müller-Audia (Centr.) Abg. Suda spricht für die Abg. Richter (frei. Volksp.) und v. Thielmann (Centr.) gegen den Antrag Heim, welcher mit 151 gegen 121 Stimmen abgelehnt wird. Weiterberatung morgen, sodann Bezeichnung des Bundespräsidenten mit England.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter Sitzung den Gesetzentwurf betreffend Verthaltung der Hochwasser-gelassen in Schleißen bis zu dem vom Abg. Grafen Arnim beantragten § 49 an, wonach der Ausbau der schleißen Gießbahnen nicht in Angriff genommen werden darf vor Erlass eines Gesetzes über Maßnahmen zur Verthaltung von Ueberfluthungen an der unteren Oder. Abg. Willison beantragte, gleiche Bestimmungen hinzuzufügen bez. der Spre, der Havel und der Elbe. Die Minister Thiel und v. Hammerstein widerwärtigen diesem Antrag auf das Entschiedenste; letzterer theilte mit, daß dem Landtage ein großes wasserwirtschaftliches Programm vorgelegt werden solle. Fortsetzung der Beratung morgen.

Berlin. Der Chef des Kreuzerregiments hat sich nach telegraphischer Meldung gestern von Tschifu mit S. M. Schiffe „Dachau“ und „Garia“ nach Tatu begeben. Das deutsche Detachement für Tschifu ist am 30. Mann vertheilt worden. — Der Kaiser und die Kaiserin treffen am 12. ds. M. zur 700jährigen Jubelfeier des Kaiserthums in Giesleben ein. 1000 Berg- und Kuttenteufe werden zum Empfange in Parade aufgestellt sein. Der gesellschaftliche Deputirte Geh. Rath Dr. Georg-Weizsäcker hat eine Ansprache und im Anschlus hieran wird dem Kaiser der Ehrentraub überreicht. Der Kaiser wird mit einer Ansprache antworten, dann folgt eine Ansprache des Grafen Stoltenberg. Vom Kaiser ist für die Sonderausstellung für die gewerbliche Verwerthung von Spiritus in Polen ein werthvoller Preis gestiftet worden. — Der japanische Prinz Kan-In trifft am 11. ds. M. zum Besuche der kaiserlichen Familie hier ein. Der Aufenthalt in Berlin wird voraussichtlich 3 Wochen dauern, die der Prinz dazu verwenden will, sich mit unseren militärischen Einrichtungen bekannt zu machen. Zum Schluß gedenkt er, der Kaiser Hofe beizuwohnen. — Aus Rom wird gemeldet: König v. Serbien wird im Laufe des Sommers wieder dort eintreffen, um zum dritten Male die Verhandlungen mit dem Vatikan über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Strassburg wieder aufzunehmen.

Berlin. Zuständigerericht wird berichtet, Deutschland habe ein entschlossenes Vorgehen in China für geboten, denke aber nicht daran, die Führung an sich zu reißen; es meine, nur ein geschlossenes, einmüthiges Auftreten der Mächte könne schnell zum Ziel führen. — In der königlichen Wechselsaire ist gegen den schließlichen Schlichtermeister Hofmann die Kommissarprüfung wegen Todschlags eingeleitet worden. — Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht eine Leipziger Note gegenüber, daß der Abg. Dr. Hahn als Nachfolger v. Buchla's niemals in Frage gekommen sei.

Berlin. Die hier tagende Schulkommission wird sich heute für die obligatorische Beibehaltung der griechischen Sprache in den Gymnasien aus. — Bei dem Reichsanwalt findet nächsten Montag eine parlamentarische Garten-Soiree statt.

Berlin. Die beiden Stralime, welche am 3. Juni aus dem Jachthaus zu Grauden entzungen sind, nachdem sie den Aufseher erschlagen hatten, sind der Keller Rudolf Robert Bierock und der Arbeiter Franz Aug. Bierock ist aus Heßdorf (Kreis Schwep) gebürtig; er ist 30 Jahre alt, 1,58 Meter groß, von unentwickelter Gestalt und hat schwarzes Haar, lange Nase und braune Augen. Franz kommt aus Thuman (Kreis Marienwerder); er ist 20 Jahre alt, 1,72 Meter groß, schlant und hat dunkles Haar, große Nase und blaue Augen. Es fehlt ihm die kleine Zehe am linken Fuße.

Wien. Die Konferenz der arbeitswilligen Parteien beschloß, Tag- und Nachschichten bis zur Erhebung der Oesterreich abzuhalten. Den Abg. der arbeitswilligen Parteien wird ihre Anwesenheit im Sitzungssaale zur Ehrenpflicht gemacht. Falls diese Forderung nicht erfüllt sein sollte, wird die Regierung das Haus nicht vor dem 1. Juli vertagen, sondern die zur Bewilligung des Budgetvorparlaments einige Tage einen Ex-lox-Zustand eintreten lassen. Die feudalen Südlaven und das liberale Centrum bildeten eine Koalition, welche den Gesellen zur Seite stehen soll.

Wien. Nach Meldungen der Blätter schloß die heutige Konferenz der arbeitswilligen Parteien mit der Entziehung eines Auschusses von 10 Mitgliedern, dem die Aufgabe übertragen wurde, eine die Vertheilung der Arbeitsfähigkeit des Abgeordneten-

Friedrich & Glöckner
Bücherhandlung
Bismarckstr. 17
Telephon 1200

Streitende, Geldanbahn, Eache, Prarissee, mit Spezialität, in der Buchhandlung, in der Buchhandlung, in der Buchhandlung